Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/3060

12. 07. 79

Sachgebiet 75

Antrag

des Bundesministers für Wirtschaft

Rechnungslegung über das Sondervermögen des Bundes „Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes" — Wirtschaftsjahr 1978 —

I.

Durch das Dritte Verstromungsgesetz vom 13. Dezember 1974 (BGBl. I S. 3473), geändert durch die Gesetze vom 29. März 1976 (BGBl. I S. 749) und vom 19. Dezember 1977 (BGBl. I S. 2750) ist ein unselbständiges Sondervermögen des Bundes mit dem Namen „Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes" gebildet worden, das vom Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft verwaltet wird.

Aus dem Ausgleichsfonds werden nach Maßgabe diese Gesetzes Zuschüsse zur Förderung des Einsatzes von Steinkohle in der Kraftwirtschaft gewährt und die Kosten der Verwaltung des Sondervermögens bestritten. Die Mittel des Ausgleichsfonds werden durch eine Ausgleichsabgabe aufgebracht. Das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft ist ermächtigt, bis zur Höhe von 500 Millionen DM Kredite zur Aufrechterhaltung einer ordnungsgemäßen Kassenwirtschaft (Kassenverstärkungskredite) aufzunehmen.

Das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft hat für jedes Kalenderjahr einen Wirtschaftsplan aufzustellen, der der Genehmigung des Bundesministeriums für Wirtschaft bedarf. Der Bundesminister für Wirtschaft hat dem Bundestag und dem Bundesrat im Laufe des nächsten Wirtschaftsjahres zur Entlastung gesondert Rechnung zu legen.

II.

Die Einnahmen und Ausgaben des Ausgleichsfonds haben sich im Wirtschaftsjahr 1978 wie folgt entwickelt:

Titel lt. Wirtschaftsplan	Zweckbestimmung	Ist-Einnahmen DM	Soll lt. Wirtschaftsplan DM	Gegenüber dem Rechnungssoll beträgt das Rechnungsist	
				mehr DM	weniger DM
	Einnahmen				
099	Ausgleichsabgabe	1 576 724 897,07	1 665 000 000,—	—	88 275 102,93
119	Vermischte Verwaltungseinnahmen	44 940,30	—	44 940,30	—
162	Zinserträge	21 164 299,—	10 000 000,—	11 164 299,—	—
325	Schuldenaufnahme auf dem Kreditmarkt	—	272 700 000,—	—	272 700 000,—
360	Überschuß aus Vorjahren	393 115 287,82	393 115 000,—	287,82	—
	Gesamteinnahmen	1 991 049 424,19	2 340 815 000,—	11 209 527,12	360 975 102,93

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0 22 21) 36 35 51

Titel lt. Wirtschaftsplan	Zweckbestimmung	Ist-Ausgaben DM	Soll lt. Wirtschaftsplan DM	Gegenüber dem Rechnungssoll beträgt das Rechnungsist mehr DM	weniger DM
	Ausgaben Personalausgaben				
422	Bezüge der planmäßigen Beamten	910 614,09	874 000,—	36 614,09 [1])	—
425	Vergütung der Angestellten	1 861 006,88	1 952 000,—	—	90 993,12
427	Vergütung und Löhne für Aushilfskräfte, deren Arbeitsverträge auf längstens 12 Monate befristet sind	353 242,46	595 000,—	—	241 757,54
459	Vermischte Personalausgaben	—	—	—	—
	Sachliche Verwaltungsausgaben				
511	Geschäftsbedarf	28 168,24	30 000,—	—	1 831,76
512	Bücher und Zeitschriften	4 229,90	6 000,—	—	1 770,10
513	Post- und Fernmeldegebühren	58 869,18	65 000,—	—	6 130,82
514	Haltung von Dienstfahrzeugen	1 776,06	4 000,—	—	2 223,94
515	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	51 585,16	50 000,—	1 585,16 [2])	—
516	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	—	1 000,—	—	1 000,—
517	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	73 736,64	76 000,—	—	2 263,36
518/1	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	316 624,24	313 000,—	3 624,24 [2])	—
518/2	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte	—	10 000,—	—	10 000,—
519	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	2 796 47	4 000,—	—	1 203,53
525	Aus- und Fortbildung von Bediensteter	250,—	5 000,—	—	4 750,—
526/1	Gerichtskosten	1 763,94	10 000,—	—	8 236,06
526/2	Kosten für Sachverständige	155 623,77	300 000,—	—	144 376,23

[1]) Mehr infolge der Ernennung eines Angestellten zum Beamten
[2]) Die Mehrausgaben werden innerhalb der Sachausgaben gedeckt

Gemäß § 2 Abs. 5 des Dritten Verstromungsgesetzes zugeleitet mit Schreiben des Bundesministers für Wirtschaft vom 6. Juli 1979.

Titel lt. Wirtschaftsplan	Zweckbestimmung	Ist-Ausgaben DM	Soll lt. Wirtschaftsplan DM	Gegenüber dem Rechnungssoll beträgt das Rechnungsist mehr DM	weniger DM
526/3	Kosten für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen	2 723,05	5 000,—	—	2 276,95
527/1	Reisekostenvergütung für Inlandsdienstreisen	17 884,60	20 000,—	—	2 115,40
527/2	Reisekostenvergütung für Auslandsdienstreisen ...	537,80	2 000,—	—	1 462,20
527/3	Reisekosten für Aus- und Fortbildung von Bediensteten	—	1 000,—	—	1 000,—
539	Vermischte Verwaltungsausgaben einschließlich Gemeinkostenzuschlag und Kontoführungsgebühren	474 074,32	530 000,—	—	55 925,68
	Ausgaben für den Schuldendienst				
575	Zinsausgaben für Kassenverstärkungskredit	—	7 062 000,—	—	7 062 000,—
595	Tilgungsausgaben am Kreditmarkt	—	—	—	—
	Zuschüsse an Kraftwerksunternehmen nach dem Dritten Verstromungsgesetz				
	Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig				
683/1	Zuschüsse nach § 3 Abs. 1 Inbetriebnahme 1. Juli 1966 bis 30. Juni 1971	303 501 763,87	496 200 000,—	—	192 698 236,13
683/2	Zuschüsse nach § 3 Abs. 2 Inbetriebnahme vor dem 1. Juli 1966	574 510 959,22	404 800 000,—	169 710 959,22	—
683/3	Zuschüsse nach § 3 Abs. 3 Satz 1 Inbetriebnahme 18. Dezember 1974 bis 31. Dezember 1985 – Mehrkostenausgleich –	53 056 891,34	43 900 000,—	9 156 891,34	—
683/4	Zuschüsse zu Stromtransportkosten nach § 3 Abs. 4	32 067 744,06	80 000 000,—	—	47 952 255,94
683/5	Zuschüsse zu Stromtransportkosten nach § 1 Abs. 4 Satz 2 – 2. Verstromungsgesetz –	—	—	—	—
683/6	Zuschüsse nach § 12 Abs. 2 – zu Minderpreisgeschäften –	207 675 336,55	50 000 000,—	157 675 336,55	—

Titel lt. Wirtschaftsplan	Zweckbestimmung	Ist-Ausgaben DM	Soll lt. Wirtschaftsplan DM	Gegenüber dem Rechnungssoll beträgt das Rechnungsist mehr DM	weniger DM
683/7	Zuschüsse nach § 3 a - Mehrkostenausgleich in besonderen Fällen -	123 660 771,16	—	123 660 771,16	—
683/8	Zuschüsse nach § 3 b - für einen zusätzlichen Bezug von Gemeinschaftskohle -	306 678 100,—	1 104 000 000,—	—	797 321 900,—
892/1	Zuschüsse nach § 3 Abs. 3, Satz 3 Inbetriebnahme 18. Dezember 1974 bis 31. Dezember 1985 – Investitionszuschüsse -	—	150 000 000,—	—	150 000 000,—
	Gesamtausgaben	1 605 467 073,—	2 340 815 000,—	460 245 781,76	1 195 593 708,76

	Ist-Einnahmen Ist-Ausgaben DM	Soll lt. Wirtschaftsplan DM	Gegenüber dem Rechnungssoll beträgt das Rechnungsist mehr DM	weniger DM
Abschluß				
Gesamteinnahmen	1 991 049 424,19	2 340 815 000,—	—	349 765 575,81
Personalausgaben	3 124 863,43	3 421 000,—	—	296 136,57
Sächliche Verwaltungsausgaben ..	1 190 643,37	1 432 000,—	—	241 356,63
Zuschüsse	1 601 151 566,20	2 335 962 000,—	—	734 810 433,80
Ausgaben für Investitionen	—	—	—	—
Gesamtausgaben	1 605 467 073,—	2 340 815 000,—	—	735 347 927,—

III.

Sowohl die Einnahmen (+ 38,3 Mllionen DM) als auch die Ausgaben (+ 2,9 Millionen DM) nahmen gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig zu.

1. Die Einnahmen aus der Ausgleichsabgabe erhöhten sich auf 1 576,7 Millionen DM; das sind 27,6 Millionen DM oder 1,8 v. H. mehr als im Vorjahr. Der Anstieg lag damit um 88,3 Millionen DM unter dem Haushaltsansatz. In dieser Entwicklung spiegelt sich die in 1978 erstmals wirksam gewordene Anpassung des Abgabesatzes an das unterschiedliche Strompreisniveau in den einzelnen Bundesländern wider, deren jeweilige Stromverbrauchszunahme recht unterschiedlich verlaufen ist.

2. Die Personal-Mehrausgaben von rd. 394 TDM waren für die tariflich vereinbarten und gesetzlichen Gehaltserhöhungen (ca. 140 TDM) und zur Erweiterung des Personalbestandes (Aushilfskräfte) zur Durchführung des Gesetzes zur Änderung energierechtlicher Vorschriften vom 19. Dezember 1977 (BGBl. I S. 2750) erforderlich (u. a. § 3 b).

3. Als Folge der höheren Personalausgaben stieg bei den sächlichen Verwaltungsausgaben (Gesamtzunahme 127 TDM) der Gemeinkostenzu-

schlag um 58 TDM. Mehrausgaben von 27 TDM waren erforderlich, um die Abteilungsregistratur auf eine wesentlich höhere Kapazität umzurüsten.

4. Im Bereich der Zuschußzahlungen war die Ausgabenentwicklung außerordentlich schwach. Mit 1601 Millionen DM lag sie nur um 2 Millionen DM höher als im Vorjahr. Sie blieb damit um 729,9 Millionen DM hinter den Erwartungen zurück. Dies wurde vor allem durch die Entwicklung der Zuschußzahlungen für den zusätzlichen Bezug von Gemeinschaftskohle verursacht. Das hierfür veranschlagte Volumen von 1104 Millionen DM wurde um 797,3 Millionen DM unterschritten. Dies hängt im wesentlichen damit zusammen, daß der Abschluß der Einzelverträge zwischen dem Bergbau und den EVU teilweise mit erheblichen Verzögerungen erfolgte. Aus diesem Grunde brauchte der in Höhe von 272,7 Millionen DM eingeplante Kredit zur vorübergehenden Kassenverstärkung nicht aufgenommen zu werden.

   Die Mehrausgabe von 123,6 Millionen DM für § 3 a-Zuschüsse (Mehrkostenausgleich in besonderen Fällen) beruht auf der kassenmäßigen Abwicklung des Programms zum Mehrkostenausgleich bei Verdrängung anderer Primärenergien als Öl von 1976 und 1977, für das lediglich restliche Mittel abgeflossen sind; ausgangs 1978 stand noch ein Betrag von 100 Millionen DM offen.

   Die Zuschußzahlungen, die mit dem Einsatz von Gemeinschaftskohle anstelle von schwerem Heizöl zusammenhängen, erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 329,4 Millionen DM auf 931 Millionen DM. Mit den 931 Millionen DM wurde der Haushaltsansatz von insgesamt 944,9 Millionen DM leicht unterschritten, dies trotz erheblich höherer Wärmepreisdifferenz als angenommen. Die nicht zur Auszahlung gekommenen Beträge werden 1979 ausgabewirksam.

   Stark unterschiedlich entwickelte sich der Anteil der einzelnen Kraftwerkskategorien an den Zuschußleistungen. Dies beruht insbesondere darauf, daß — was bereits im Vorjahr zu beobachten war — die alten Kraftwerke (Inbetriebnahme vor dem 1. Juli 1966) weit stärker eingesetzt wurden als die zwischen dem 1. Juli 1966 und 30. Juni 1971 in Betrieb genommenen. Dadurch ergaben sich spürbare Verschiebungen zwischen den Ansätzen; sie erreichten bei den zuerst genannten Kraftwerken ein Mehr von 169,7 Millionen DM und bei den anderen Kraftwerken ein Weniger von 192,7 Millionen DM.

   Der gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnende Ausgabenanstieg bei den alten Kraftwerken um 225,3 Millionen DM auf 574,5 Millionen DM (64 v. H.) und bei den neueren Kraftwerken um 105 Millionen DM auf 303,5 Millionen DM (46 v. H.) ist primär auf den erheblichen Anstieg der Wärmepreisdifferenz zurückzuführen.

   Die Steigerung der Ausgaben im Bereich der neuen Kraftwerke (Inbetriebnahme ab 1975) von 23,9 Millionen DM in 1977 auf 53 Millionen DM in 1978 hängt außerdem mit der Erhöhung des Steinkohleneinsatzes in diesen Kraftwerken zusammen.

   Der Ansatz von 150 Millionen DM für den Bau neuer Steinkohlenkraftwerke im Rahmen des 6000-MW-Programms wurde nicht in Anspruch genommen, weil sich die Genehmigungsverfahren für die geplanten Kraftwerksprojekte verzögert haben.

   Die Ausgaben für Stromtransportkosten gingen um 10,5 Millionen DM oder nahezu 25 v. H. auf 32 Millionen DM gegenüber 1977 zurück. Hier wirkte sich unter anderem aus, daß ein Antragsteller seine relativ hohen Zuschußmittel im Berichtsjahr noch nicht in Anspruch nehmen konnte. Die Mehrausgaben für den Ausgleich von Minderpreisverträgen in Höhe von rd. 158 Millionen DM sind hauptsächlich auf die Nachwirkungen der Sonderfaktoren zurückzuführen, die zu dem überproportionalen Ausgabenanstieg in 1977 geführt hatten (vgl. BT-Drucksache 8/2043). Die tendenziell rückläufige Ausgabenentwicklung ist auf das Auslaufen einiger Minderpreisverträge in 1977/78 zurückzuführen.

5. Dem Fondsguthaben per 31. Dezember 1978 in Höhe von 385,6 Millionen DM stehen Zuschußansprüche aus allen Förderungsarten gegenüber, deren Endabrechnung 1978 nicht möglich war (Dezember-Abschläge, Jahresabrechnungen, unvollständige Anträge u. a.).

IV.

Das Vermögen des Ausgleichsfonds hat sich im Wirtschaftsjahr 1978 wie folgt entwickelt:

— in Millionen DM —

1. Stand des Ausgleichsfonds am 1. Januar 1978	393,12
2. Einnahmen	1597,93
3. Verfügbare Summe	1991,05
4. Ausgaben	1605,47
5. Stand des Ausgleichsfonds am 31. Dezember 1978	385,58